

satzleiter der Polizei und vom Vertreter des Ordnungsamts hinter Polizeisperren verwiesen, der Aufenthalt auf der Straße wurde uns untersagt und unter Anwendung körperlichen Zwangs verhindert, die vom Gericht zugelassene Verteilung von Flugblättern wurde mit Gewalt unterbunden.

Drei Wochen später traf die Begründung des Verwaltungsgerichts-Beschlusses bei uns ein. Sie gab uns in allen Punkten recht. Wir dürfen uns auf der Straße aufhalten, nur nicht dort, wo der Verkehr fließt, d.h. auf den Fahrbahnen. Doch das hatten wir ja auch gar nicht vor. Wir dürfen Flugblätter an die Insassen der ein- oder ausfahrenden Fahrzeuge verteilen. Das werden wir dem Amt für öffentliche Ordnung und der Polizei erklären müssen und wir werden auch künftig von unseren

Grundrechten Gebrauch machen, solange, bis die Allgemeinverfügungen auch formal aufgehoben werden. Kampflös werden wir die massive Einschränkung unserer Grundrechte jedenfalls nicht hinnehmen, denn merke: Grundrechte, die nicht in Anspruch genommen – und wenn es nicht anders geht, auch eingeklagt – werden, gehen verloren.

Unser Fernziel aber ist weitaus ehrgeiziger. Wir wollen nicht nur am Eucom und Africom demonstrieren dürfen. Wir wollen erreichen, dass sie samt den zahlreichen US-Militäreinrichtungen aus Deutschland abgezogen werden.

*Dr. Wolfgang Sternstein ist Friedensforscher und -aktivist und Versöhnungsbund-Mitglied.*



## Jürgen Rose

# Das Vermächtnis von Stukenbrock

### Rede bei der Gedenkveranstaltung auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock-Senne am 6. September

**V**ehr geehrte Versammelte, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Trotz der großen Ehre, die es für mich bedeutet, heute hier zu Ihnen sprechen zu dürfen und trotz des besonderen Vertrauens, dass der Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« mir dadurch erweist, dass er erstmalig einen aktiven Bundeswehroffizier dazu eingeladen hat, die alljährliche Gedenkrede auf dem Sowjetischen Soldatenfriedhof Stukenbrock zu halten, erfüllt es mich mit Beklemmung, als deutscher Soldat hier an der Stätte des »STALAG 326« zu stehen. Handelt es sich doch um jenen Ort, wo vor mehr als einem halben Jahrhundert bis zu zwei Millionen sowjetischer Soldaten unter menschenverachtenden Umständen vor sich hin vegetieren und mehrere Zehntausende von ihnen brutal krepieren mussten.

Wissentlich und vorsätzlich verübt wurde dieses grausame Kriegsverbrechen von deutschen Soldaten, denen der Wehrmacht nämlich. Derselben Wehrmacht des Dritten Reiches, die Adolf Hitler in Treue fest ergeben mit preußisch-deutscher Disziplin und Gründlichkeit den »ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt«, exekutierte. Ungezählte weitere Schandtaten, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit bis hin zur aktiven Beteiligung an der Shoah rechtfertigen zweifellos das Verdikt jener Wehrmacht als einer verbrecherischen Organisation des Nazi-Regimes.

Zugleich aber stellt das Faktum, dass die neue Armee der Bonner Republik von den Angehörigen eben jener Wehrmacht aufgebaut wurde, ihren un-

übersehbaren und zugleich irreversiblen Geburtsmangel dar. Was sich auch und gerade darin manifestiert, dass es der Bundeswehr infolge des zähen Widerstandes ewiggestriger Traditionalisten in ihren Reihen bis heute nicht gelungen ist, ein für alle mal und vollständig mit den unseligen Wehrmachtstraditionen zu brechen.

Und noch ein zweiter Sachverhalt erfüllt mich gegenwärtig mit Beklemmung. Dabei handelt es sich um die unerträgliche, bereits seit Jahren in unseren Massenmedien inszenierte Desinformations- und Propagandakampagne gegen unseren europäischen Nachbarn Russland. Anlässlich des kriegerischen Konfliktes jüngst im Kaukasus hat die Hetze einen neuen Höhepunkt erreicht. Nur pars pro toto sei zur Illustration jenes Frontblatt eines überkommenen Atlantizismus' zitiert, das allwöchentlich unter dem Rubrum »Die Zeit« am hamburgischen Speersort erscheint. Am 14. August dieses Jahres machte jenes Leitmedium mit intellektuellem Anspruch auf seiner Titelseite mit einem reißerischen Action-Photo vorstürmender russischer Infanteristen auf, über dem in fetten und – wie könnte es anders sein – roten Lettern zu lesen stand: »Die russische Gefahr«. Und weiter hieß es an gleicher Stelle: »Mit ihrem Angriff auf Georgien zeigt sich die Großmacht so brutal wie zu Sowjetzeiten. Kommt ein neuer Kalter Krieg?«

In der Tat hatte Michail Gorbatschow wohl ein weises Wort gesprochen, als er den Ost-West-Konflikt mit der Ankündigung beendete, er täte dem Westen nun etwas ganz Schlimmes an – er nähme ihm nunmehr nämlich seinen Feind. Doch immer stärker verdichtet sich nun der Eindruck, als würde

nicht nur in den warmen und sicheren Redaktionsstuben journalistischer Schreibtischtäter in den westlichen Metropolen geradezu gelehzt nach einem neuen Feind im Osten.

Nicht nur beklemmend, sondern im Grunde skandalös ist schließlich der Tatbestand, dass Deutschland, der atlantischen Imperialmacht in Nibelungentreue fest ergeben, immer tiefer im Sumpf des Krieges am Hindukusch versinkt und dass erneut deutsche Soldaten, diesmal die der Bundeswehr, in fernen Ländern weitab der Heimat kämpfen, sterben und töten – zuletzt sogar Frauen und Kinder.

Sie mögen sich an dieser Stelle vielleicht fragen, warum ich als Offizier der Bundeswehr nicht in meinen nationalen Ehrenkleid, sondern in ganz unverfänglichem Zivil hier vor Ihnen stehe. Nun, das ist ganz einfach. Trüge ich nämlich meine Uniform, so beginge ich nach Auffassung des Truppendienstgerichts, »ein schuldhaftes Dienstvergehen, weil es Soldaten verboten ist, auf politischen Veranstaltungen Uniform zu tragen.« Mit ebendieser Begründung hatte es anno 1985 einen Bundeswehrkameraden verurteilt, der während der Gedenkveranstaltung hier in Stukenbrock in Uniform gesprochen hatte. Wo kämen wir auch schließlich hin, wenn jeder Uniformierte so ohne Auftrag und Befehl eigenmächtig ein Zeichen für den Frieden setzen wollte? (...)

Wenn ich nun meinen Blick auf die Gräber derer richte, die hier in fremder Erde fern ihrer Heimat ruhen, nicht weil sie anderen Völkern mit Waffen- und Kriegsgewalt eine rassistische Ideologie aufzuzwingen suchten, sondern weil sie ihre Heimat, ihr »Heiliges Mütterchen Rußland« gegen einen barbarisch wütenden Feind verteidigt haben, so scheint mir ihr Sterben doch so sinnlos, wie jedweder Tod im Krieg. Aber dennoch haben uns jene toten Kämpfer ein Vermächtnis hinterlassen und das lautet: Nie wieder Krieg!

Dieser leidvoll erfahrenen Mahnung war zunächst auch die Politik der neuen deutschen Bonner Republik verpflichtet. Ebenso hat das vereinte Deutschland diese Lehre bekräftigt, als es im so genannten »2+4-Vertrag« feierlich gelobte: Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen.

Doch ungeachtet dessen treibt seit nunmehr zehn Jahren eine verantwortungslose politische Klasse unser Land mit einer schändlichen Politik des Völkerrechts- und Verfassungsbruchs immer tiefer in einen Krieg um den anderen. Angesichts der Tatsache, dass regelmäßig zwei Drittel des deutschen Bundestages gegen den erklärten Willen von drei Vierteln der deutschen Bevölkerung den von der Bundesregierung geforderten Kriegseinsätzen der Bundeswehr zustimmen, müssen wir alle uns als Bürger mit und ohne Uniform um den Zustand der Demokratie hierzulande sorgen und uns fragen, wen diese Volksvertreter eigentlich zu repräsentieren beanspruchen.

Allzu begründet sind solche Fragen und Sorgen, ist doch seit dem 24. März 1999 hierzulande nichts mehr wie es war. Seither nämlich wird Deutschland von Friedensverrättern regiert. An jenem denkwürdigen Frühjahrsstag vor mehr als neun Jahren starteten erstmals wieder deutsche Kampfflugzeuge gen Jugoslawien – ganz so wie in jenen glorreichen Tagen als Reichsmarschall Hermann – »Ich will Meier heißen« – Görings Bomber ihre todbringende Last über Belgrad abladen – getreu der altbekannten Parole »Serbien muss sterben«. Doch diesmal waren es überschallschnelle »Tornado«-Jagdbomber, die mit ihren »Harm«-Raketen auf »Unterdrückung feindlicher Luftverteidigung«, wie es im Nato-Luftwaffenjargon heißt, spezialisiert sind.

Beiläufig offenbart dieser Terminus technicus zugleich das Essenzielle des Vorgangs: Wer nämlich Angreifer und wer Verteidiger war. Denn ihre Luftangriffe – und nicht »Luftschläge« wie hirnfaule Journalisten den englischen Begriff »Air Strike« euphemistisch ins Dummdeutsche zu übersetzen pflegen – flogen die deutschen Jetpiloten an der Seite ihrer Nato-Kameraden ohne jede völkerrechtliche Legitimation. Geschlagene 78 Tage lang bombten und schossen die Nato-Luftstreitkräfte im Rahmen der Operation »Allied Force« – entsprechend einer kriegsverbrecherisch zu nennenden Luftkriegsdoktrin der U. S. Air Force – vor allem die antiquierte Infrastruktur Serbiens zu Schutt und Asche, ohne Rücksicht auf menschliche »Kollateralschäden«. Soweit zulässige militärische Ziele – zulässig im Sinne herkömmlicher Gebräuche des Krieges – getroffen werden sollten, war der Erfolg mager: Das so genannte »Battle Damage Assessment« in den nach Beendigung des Bombenkrieges angefertigten Erfahrungsberichten der Militärs belegte nämlich, dass nur gut ein Dutzend Panzer und jede Menge geschickt platzierter Ziel-Attrappen getroffen wurden.

Zugleich aber krepitierten Hunderte Zivilisten – unterschiedslos Männer, Frauen, Kinder – im Nato-Bomben- und Raketenhagel. Und Tausende an Körper und Seele Verletzter und Verstümmelter leiden noch heute an den Folgen des Luftterrors.

Terror? Gewiss doch, Terror, denn wenn Terrorismus gemeinhin bedeutet, unschuldige Menschen für politische Ziele zu opfern, dann erfüllt auch das Töten von Zivilisten aus dem Cockpit eines Kampfjets zweifellos den Tatbestand des Terrorismus, den des Staatsterrorismus nämlich.

Verschärfend kam im Falle des Angriffs auf die Bundesrepublik Jugoslawien, die immerhin ein völkerrechtlich anerkanntes, souveränes Mitglied der Vereinten Nationen war, hinzu, dass der einzig hierzu befugte Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Nato kein Mandat für die Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen erteilt hatte. Auch lag keine Aggressionshandlung der Bundesrepublik Jugoslawien gegen ein anderes Mitglied der Staatengemeinschaft vor, welche dieses berechtigt

hätte, von seinem in der UN-Charta verbrieften Notwehrrecht Gebrauch zu machen. Aus völkerrechtlicher Sicht war somit der Bombenkrieg der Nato gegen Jugoslawien ein Angriffskrieg und somit glasklar ein Bruch des Völkerrechts.

Mit diesem Völkerrechtsbruch ging ein zu Zeiten des Bonner Provisoriums undenkbarer, präzedenzloser Akt der Missachtung des im Grundgesetz in Gestalt des Artikels 26 verankerten Friedensgebotes als zentraler Verfassungsnorm einher. Auf Grundlage eines soliden Rechtsnihilismus, wie er bekanntlich nicht allein in den Kreisen der politischen Elite unseres Landes notorisch ist, befahlen die an den Schalthebeln der Berliner Republik befindlichen rot-grünen Friedensverräter: »Germans to the Front!« Sagte ich Friedensverräter? Ja, denn im deutschen Strafgesetzbuch firmiert der im § 80 geregelte einschlägige Tatbestand der »Vorbereitung eines Angriffskrieges« unter dem Rubrum »Friedensverrat«.

In Sachen Verrat am Frieden hat die deutsche Sozialdemokratie, die 1999 den Kanzler stellte, schon eine beeindruckende Bilanz aufzuweisen. Die beginnt mit der Bewilligung der kaiserlichen Kriegskredite anno 1914 und reicht über den Weimarer »Bluthund« Gustav Noske, der die Reichswehr auf deutsche Arbeiter hetzte, zu Rudolf Scharpings Propagandamärchen vom »Hufeisenplan« und den von Serben »gegrillten Föten«; sie führt von Gerhard Schröders Zusicherung »uneingeschränkter Solidarität« bei Bushs globalem Kreuzzug gegen den Terror und der darauf folgenden völkerrechtswidrigen Besetzung Afghanistans über die vorbehaltlose Unterstützung des angloamerikanischen Völkerrechtsverbrechens gegen den Irak und seine Menschen, zur rechtsverräterischen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, die wider besseres Wissen behauptet, das Nato-Bündnis verpflichte zum Bruch des Grundgesetzes, sowie zum Westentschen-Noske Rainer Arnold, dem Militärexperten der SPD im Bundestag, der unbelehrbar die »Operation Enduring Freedom« als völkerrechtskonform verkauft, und endet vorläufig bei der den USA von der schwarz-roten Großkoalition prophylaktisch erteilten Genehmigung, für den von langer Hand geplanten Überfall auf den Iran wiederum umfassend den deutschen Luftraum sowie die auf deutschem Boden befindliche Transport- und ihre Führungsinfrastruktur zu nutzen.

Das Meisterstück an bellizistischer Perfidie freilich lieferte der vom einstigen Capo der Frankfurter »Putztruppe« nach einem Intermezzo im Auswärtigen Amt mittlerweile zum Princeton-Professor und »Zeit«-Kolumnisten avancierte Joseph Fischer. Gemeinsam mit seinem Spießgesellen Daniel Cohn-Bendit gelang es diesem Friedensverräter par excellence, ohne viel Federlesens den Grundkonsens vom Tisch zu fegen, auf den sich die Bonner Republik verständigt hatte, nachdem die Angloamerikaner im Westen im Bunde mit der Roten

Armee im Osten den Deutschen ihren größensinnigen Militarismus gründlich ausgebombt hatten. »Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg«, so hatte die auf diese drakonische Lektion gegründete Raison d'être der neuen deutschen Demokratie gelautet. Doch Dr. Joseph Fischer, der von seiner Kollegin im Amte Madeleine Albright gelernt hatte, die Bombe zu lieben, hämmerte seinen Parteijüngern kurzerhand die Parole »Nie wieder Auschwitz und deshalb Krieg!« ins politische Kleinhirn. Womit vormals Friedensgrüne zu fürderhin Kriegsgrünen mutierten. Zur überschäumenden Freude all jener, die seit langem schon den Tag herbeigesehnt hatten, an dem der Marschtritt deutscher Soldatenstiefel wieder durch die Welt hallen würde.

Fortan war in der Berliner Republik keine Rede mehr von der vormals so emphatisch betonten »Kultur der Zurückhaltung«, mit der die desaströse deutsche Politik der kriegerischen Mittel nach 1945 beantwortet wurde. In den untersten Schichten des Schutthaufens der Geschichte endgelagert ist der von Franz-Josef Strauß mit triefendem pazifistischen Pathos hingehauchte Schwur aus den Gründertagen der Bundesrepublik, dass jedem Deutschen, sollte er jemals wieder ein Gewehr anfassen, der Arm verdorren möge (das war selbstredend bevor Strauß als Verteidigungs- und Atomminister amtierte). Nachgerade kongenial korrespondiert heutzutage die von Brioni-Kanzler Gerhard

**Forum Pazifismus**

**Ja, ich möchte das Forum Pazifismus-Abo.**  
Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt beim Normalabo 20 € zzgl. 2 € für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30.11. schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Förderabo I (30 €)                       Förderabo II (40 €)  
 Förderabo III\* (50 €)                     Normalabo (20 €)

Ich möchte das ermäßigte Abo für DFG-VK-Mitglieder (18 €)  
Meine Mitgliedsnummer lautet: \_\_\_\_\_

Ich möchte das ermäßigte Abo für BSV-Mitglieder (18 €)  
Zu den genannten Abopreisen kommen jeweils 2 € für Porto und Verpackung hinzu.  
 \*Das Förderabo III beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende.

(Organisation) \_\_\_\_\_  
 Vorname \_\_\_\_\_  
 Name \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich bezahle bequem per Bankeinzug                      Konto \_\_\_\_\_  
 Bank \_\_\_\_\_                      BLZ \_\_\_\_\_

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei Forum Pazifismus, Postfach 150354, 70076 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

\_\_\_\_\_  
 Datum                      Unterschrift

Schröder mit typischem Aplomb verkündete »Enttabuisierung des Militärischen« mit einem in den letzten Jahren unter politischen Entscheidungsträgern mehr und mehr in Mode gekommenen Bellizismus. Seit dem Ende des Kalten Krieges werden – mit tatkräftiger Unterstützung durch das Bundesverfassungsgericht! – die in der Charta der Vereinten Nationen kodifizierten Einschränkungen des Rechts zur militärischen Gewaltanwendung immer weiter ausgehöhlt. Gerade die in der Nato verbündeten westlichen Demokratien missbrauchen ihre Streitkräfte immer häufiger für Einsätze, die durch völkerrechtliche Mandate entweder keine hinreichende oder gar keine Rechtsgrundlage haben. In besorgniserregender Weise entwickelt sich ein global ausufernder militärischer Interventionismus, der in Deutschland mit der Rhetorik von der »Normalisierung der deutschen Außenpolitik« legitimatorisch unterfüttert wird. Nahezu unisono konstatiert die politische Klasse dieser Republik – konterkariert allenfalls von der oppositionellen LINKEN –, dass Deutschland »keinen Sonderstatus« mehr beanspruchen könne. Von der Nation werde fortan erwartet, vermehrt »internationale Verantwortung« zu übernehmen. Darüber hinaus wird proklamiert, dass eine solche »Friedensmacht, die seit langem für Ausgleich und internationale Hilfe« Sorge, historisch nunmehr als unbelastet zu gelten habe – man ist halt wieder wer.

Derlei Worthülsen, mit denen versucht wird, die unrühmlichen Etappen vor allem der jüngeren deutschen Vergangenheit hurtig zu entsorgen, gehören heute zum Dummdeutsch der politischen Klasse in diesem Lande. In ihnen reflektiert sich eine Art pubertärer Unbefangenheit der Berliner Republik. Die Geschichte wird dabei geklittert, wie man sie gerade braucht. Doch die Bundesrepublik Deutschland kann nur im Bewusstsein der deutschen Geschichte ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden. Eine Erkenntnis, die wiederum zwingend eine Kultur der Zurückhaltung beim militärischen Agieren in der internationalen Politik fordert.

Unter Federführung der USA hat sich in Politik und Armee in geradezu atemberaubender Weise ein fundamentaler Paradigmenwechsel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vollzogen. Galt zu Zeiten des Kalten Krieges die Parole »Frieden schaffen mit weniger Waffen«, so handeln die schwarz, rot, grün und manchmal gelb gewandeten Hohepriester des globalen Interventionismus getreu der Maxime: Frieden schaffen mit aller Gewalt. Propagandistisch camouffliert wird diese Politik mit Begrifflichkeiten wie »Politischer Pazifismus«, »Krieg gegen den Terrorismus«, »Humanitäre Intervention« oder – wie im jüngsten »Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr« – »Responsibility to Protect«. De facto handelt es sich indes vornehmlich um Globalisierungskriege im Interesse des Clubs der Reichen.

Nicht Krieg aber kann den Frieden bringen, sondern allein Gerechtigkeit – Gerechtigkeit schafft Frieden. In Abwandlung des altbekannten römischen Wahlspruchs muss die Devise demnach lauten: Wenn du den Frieden willst, so diene dem Frieden! Auch wir sollten diese Wahrheit hören und danach handeln. Denn es geht um unsere Verfassung und es geht um unseren Frieden. Wir sind gefordert, als demokratische Staatsbürger und in unserer ganzen Person, beides zu verteidigen gegen die »schmutzige Zumutung der Macht an den Geist«, die einem Aperçu des großen Karl Kraus zufolge darin besteht, »Lüge für Wahrheit, Unrecht für Recht, Tollwut für Vernunft zu halten.« Dies stellt in meinen Augen das Vermächtnis der Opfer von Stukenbrock dar.

*Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr und Mitglied im dreiköpfigen Vorstand des Arbeitskreises »Darmstädter Signal«, eines Zusammenschlusses kritischer ehemaliger und aktiver Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, der sich u.a. für den absoluten Vorrang präventiver ziviler Konfliktlösungen vor militärischen Maßnahmen, eine Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht einsetzt sowie die Teilnahme der Bundeswehr an »friedens erzwingenden militärischen Kampfeinsätzen« ablehnt.*

Bitte mit  
0,45 €  
frankieren

POSTKARTE

An  
**Forum Pazifismus**  
**Postfach 90 08 43**  
**21048 Hamburg**

**ABOKARTE**